
„Lebendiges Ruthe“

Ein Dorf braucht eine Perspektive

WiR – Wir in Ruthe Stand September 2018



**WiR**
Wir in Ruthe

Ruthe heute und in (mit) Zukunft

Ruthe lebt. Das ist die gute Nachricht. Die Schlechte ist: Das Dorf hat aufgrund seiner derzeitigen Größe und Struktur kaum Entwicklungschancen. In diesem Jahr jährt sich das Bestehen der Siedlung „Hopfenberg“ zum 50. Mal. Ein schöner Anlass, um zu feiern. Das heißt aber auch: Vor 50 Jahren gab es den letzten nennenswerten Wachstums- und Entwicklungsimpuls.

In Zeiten, in denen die Aufrechterhaltung oder gar Weiterentwicklung eines aktiven Dorflebens deutlich mehr qualitatives und quantitatives Engagement voraussetzt als noch vor 20 bis 30 Jahren, stößt die Dorfgemeinschaft an ihre Grenzen.

Nicht den Status Quo verwalten bis nichts mehr geht, sondern aktiv nach Wegen und Lösungen zu suchen, die das Dorf und seine Gemeinschaft vital halten. Das haben WiR uns auf die Fahne geschrieben. Dieses Dokument enthält Ideenskizzen, die es aus unserer Sicht zeitnah zu evaluieren und ggf. zu verfolgen gilt, um mindestens mittelfristig Ruthe mit einer Perspektive für die kommenden Jahrzehnte auszustatten.

Die vorgelegten Ansätze erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Wir wollen an dieser Stelle einen Prozess in Gang setzen, der ganz sicher noch andere Impulse mit aufnehmen kann und offen ist, für alle die sich für die Zukunft des Dorfes engagieren möchten.

Unser Ziel ist eine pragmatische und ergebnisorientierte Arbeit an einer Zukunft von Ruthe, die durch Lebendigkeit geprägt ist – nicht durch Stagnation. Auf diesem Weg nehmen wir gerne alle mit, die das gleiche Ziel haben.

Die Mitglieder der WiR-Fraktion im Ruther Ortsrat



Christoph Haferland
(stellvertr. Ortsbürgermeister)



Jan-Peter Schlicht



Ulrike Rabe

Stand 2018 – so ist die Lage aktuell

Ruthe hat knapp über 300 Bürger, verteilt auf die Ortschaft Ruthe und den Hopfen- und Schäferberg.

Die Ortschaft ist umgeben von landwirtschaftlichen Flächen und großen Naturschutz/Naherholungsgebieten. Die Dorfschule wurde in den 70er Jahren geschlossen, das aus der Schule entstandene DGH wird gut genutzt. Kindergarten/Krippenplätze sind in der Stadt Sarstedt oder in den anderen Ortsteilen vorhanden. Es gibt einen katholischen und einen städtischen Friedhof; einen großen Spielplatz im Dorf (hier gefährdet das Bruchholz der alten Pappeln die spielenden Kinder) und einen kleineren auf dem Hopfenberg.

Der Ortsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Wählergemeinschaft WiR – Wir in Ruthe (3 Sitze), der SPD (2 Sitze), der CDU (1 Sitz) und der WAS (1 Sitz).

Die innerdörfliche Freizeitgestaltung erstreckt sich auf den FC Ruthe mit Fußball und Tischtennispartei, den SV Ruthe mit Kleinkaliber- und Luftgewehrschießbetrieb sowie die Freiwillige Feuerwehr.

Der SV Ruthe krankt an zu wenigen aktiven Mitgliedern und ungünstiger Altersstruktur. Die einst aktive Männerrunde hat sich mangels Nachwuchs schon vor Jahren aufgelöst. Die Freiwillige Feuerwehr kann (noch) auf einen vernünftigen Kreis aktiver Kameraden zurückgreifen. Einzig der FC Ruthe hat ausreichend Mitglieder.

Der Schützenverein hat eine schöne intakte Schießanlage an der Leinebrücke, die Feuerwehr ein relativ junges Feuerwehrhaus. Der FC Ruthe hat zur Zeit durch 13 Fußballmannschaften ein enormes Platzproblem. Gerade in den Herbst und Wintermonaten ist der Betrieb durch die vielen Mannschaften auf A und B Platz nicht immer gesichert und Hallenzeiten sind nur schwer zu bekommen.

Über den öffentlichen Nahverkehr RVHi ist Sarstedt mit dem Bus noch von Montag bis Freitag verbunden. Am Wochenende gibt es keine Verbindungen. Von dort geht es weiter mit der Straßenbahn oder Bahn. Für Auto-Pendler ist der Anschluß zur B6 4 km entfernt. Darüber sind Hildesheim wie Hannover in einer halben Stunde mit dem Auto zu erreichen. Für Heimarbeitsplätze gibt es in Ruthe nicht überall die heute nötigen Internetgeschwindigkeiten.

Das Dorf leidet unter dem LKW-Verkehr durch Kiesabbau und Wiederverfüllung der Ruther Kieskuhlen sowie unter der Geschwindigkeit des Autoverkehrs am Hop-

fenberg. Gerade durch den immer weiter zunehmenden Bewuchs der Baumallee aus Richtung Schliekum sowie durch den Bewuchs vor dem Rad- und Fußweg entsteht für Fahrzeugführer ein Tunnelblick, der häufig zu überhöhten Geschwindigkeiten führt und eine Überquerung der Straße nicht immer gefahrlos möglich macht.

Ältere Menschen haben im Dorf keine Möglichkeit einzukaufen, auch halten die Busse (in Sarstedt) nicht dort, wo die nötigen Lebensmittel zu kaufen sind.

Neubauten sind im unteren Ortsteil nicht mehr möglich, da Ruthe im Überschwemmungsgebiet der Innerste und Leine liegt. Das letzte Hochwasser 2017 hatte Ruthe voll im Griff. Hochwasserschutzmaßnahmen sind geplant. Die letzten Wohnbaumaßnahmen sind beim Umbau des Brauhauses in der Ortmitte erfolgt. Der Hopfenberg ist zu Großteilen im Jahr 1968 entstanden. 11 weitere Wohnhäuser sind zwischen 1990 und 2010 gebaut. Auf den älteren Grundstücken im Außenkreis ist eine Bebauung durch eine eingezeichnete Bebauungsgrenze von 30 m schwerlich möglich. Hier ist nur ein Haus 2001 entstanden.

Ruthe 2025 – so könnte es sein

Die Veränderungssperre bei Baumaßnahmen im alten Dorfkern ist durch die in der Zwischenzeit durchgeführten Hochwasserschutzmaßnahmen obsolet geworden und wurde durch die Stadt Sarstedt aufgehoben.

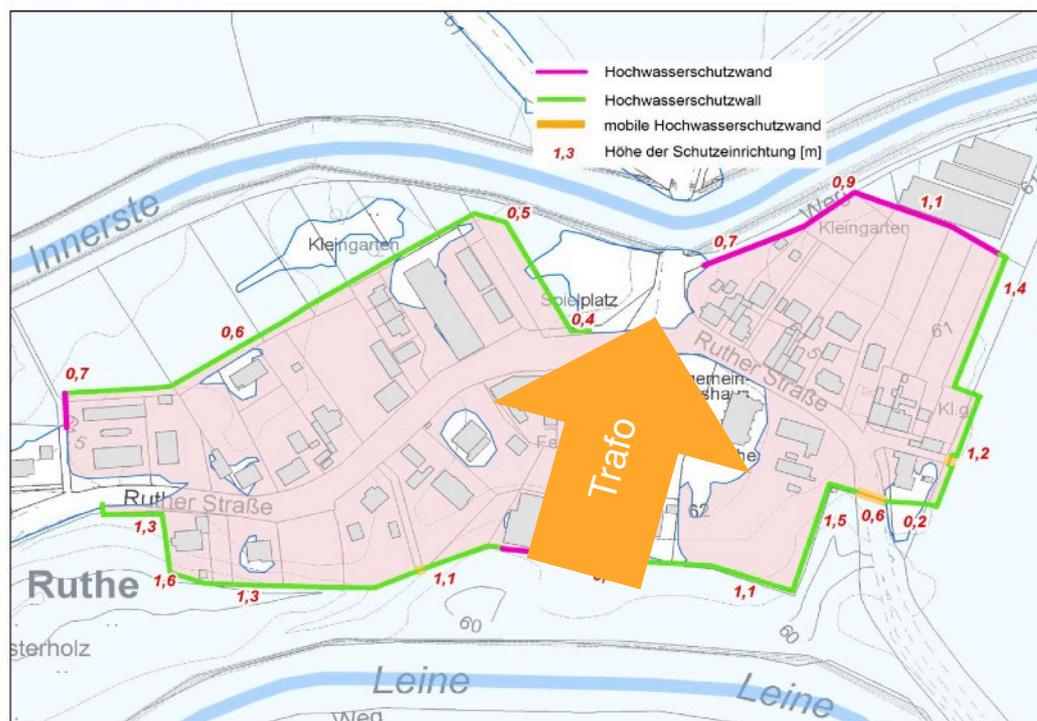


Es gibt dadurch nicht mehr Bebauungsfläche, aber die Bürger können zumindest ihre bisherigen Bebauungen verändern und den Bedürfnissen anpassen.

Das letzte 100 jährige Hochwasser 2023 zeigte deutlich einen Fehler in der Planung: Ruthe ist gut geschützt, aber der für die Stromversorgung so wichtige Stromtrafo lag im nicht geschützten Bereich des Spielplatzes und ist nur durch besondere Maßnahmen der Feuerwehr gerettet worden.

Hochwasserschutzkonzept Stadt Sarstedt

Maßnahmen Ruthe



5

GEUM.tec GmbH – Sure Wisch 10 – 30625 Hannover

tec

Der Spielplatz im Dorf hat daraufhin nach Fällung der abgängigen Pappeln und Aufschüttung eines Hochwasserdammes einen neuen Zaun und eine Randbepflanzung erhalten. So ist nun auch der Trafo im trockenen Bereich.



Auf dem Grundstück des Landes Niedersachsen nördlich der Bushaltestelle Hopfenberg ist das Bebauungsgebiet Schäferberg I entstanden. Auf der 2,5 ha großen Fläche parallel zur Straße (ca. 260m) ungefähr bis zur Einfahrt des Lehr- und Forschungsgutes (ca. 100m) ist der erste Abschnitt eines Neubaugebietes mit 20 Grundstücken entstanden.



Die Grundstücke haben eine ungefähre Größe von 400 bis 500 m². Ungefähr 40 Grundstücke dieser Größe könnten hier in einer Kreisbebauung wie auf dem Hopfenberg geschaffen worden, wenn der Bauabschnitt Schäferberg II auch noch realisiert würde. Durch den vorher erfolgten Ausbau und vorausschauende Planung, sind die Grundstücke sämtlich an das schnelle Glasfasernetz angeschlossen.

Bei der Planung des Gebietes wurde großen Wert auf eine minimale Bodenversiegelung gelegt. Nicht zuletzt um den natürlichen Wasserhaushalt zu schonen.

Die Leibniz Universität mit der Abteilung Gartenbau, die schon 2016 nur noch 6,9 ha der 40 ha großen Versuchsanlage nutzt (auch 2018 sind schon große Teile an

die Obstplantage Hahne/Gleidingen verpachtet), hat dafür den nur noch in Teilbereichen genutzten ersten Abschnitt Richtung Hopfenberg geräumt.

Das Lehr-und Forschungsgut freut sich über den im Zuge der Baumaßnahme entstandenen großzügig dimensionierten Kreisel. Damit ist die Gefahr der zu hohen Geschwindigkeit des Autoverkehrs auf der K514 entfallen. Eine Einfahrt für langsame Fahrzeuge sowie die Überquerung der Straße ist wieder gefahrlos möglich. So wird auch das Zusammenwachsen des neuen und alten Dorfteils gefördert.



Der Radweg Richtung Schliekum ist durch aufgestellte Beleuchtung sicherer geworden. Im Unterdorf hat der LKW-Verkehr abgenommen, da sich die Kieskuhlen am Ende der möglichen Auskiesung befinden. Eine Verfüllung wird auf bestimmte Anzahl Fahrzeuge/Tag begrenzt.



Auch auf dem Hopfenberg hat sich etwas getan. Die überholte Baugrenze zum äußeren Rand des Berges ist modifiziert worden, sodass auch hier einige neue Häuser gebaut werden konnten.



Die Baustelle auf der K514 Richtung Heisede besteht noch immer, die Straßenbaubehörde weist nunmehr einen Baubeginn Herbst 2025 aus (das Hochwasser 2023 steht noch immer im Durchlass).



Der Radweg durch das Naturschutzgebiet Leineaue zwischen Ruthe und Koldingen ist im Übergangsbereich zwischen LK Hildesheim und LK Hannover auf den letzten 100m endlich befestigt.



Eine Einkaufsmöglichkeit im Dorf ist auch in Zukunft nicht in Sicht, aber die Busse der RVHi halten jetzt an den Einkaufsmärkten. Und die Fahrpläne sind den Bedürfnissen angepasst worden.



Der FC Ruthe hat mit dem 1. FC Sarstedt einen zusätzlichen gemeinsamen Kunstrasenplatz im Dreieck zur 2020 entstandenen Bahnunterführung in Nutzung. Der SV Ruthe hat durch die Neubürger eine Wiederbelebung der Schießsparte erfahren und bietet jetzt auch Dart an.



Durch Altersabgänge verliert die Feuerwehr einen Teil der aktiven Mitglieder. Neubürger steigen auch hier mit ein und die Jugendfeuerwehr erhält lebensnotwendigen Zuwachs.

Das Dorfleben wird gestärkt und es wird wieder das traditionelle Osterfeuer durch den Zusammenschluss aller Vereine zum „Förderkreis Ruthe“ abgehalten, aus dem einzelne Projekte unterstützt werden.



370 Einwohner bevölkern jetzt das Dorf, immer noch klein, aber oho. Der zweite Bauabschnitt des Baugebiets Schäferberg entsteht. Ruthe wird damit über 400 Einwohner haben. Eine neugegründete Krabbelgruppe bevölkert das DGH.



Anhänge

1. Gemeinden können Grundstücke nun viel leichter als Bauland ausweisen (Süddeutsche Zeitung vom 9. März 2018)
2. Uni Hannover: Wie geht es im Gartenbau weiter? (6. März 2018)
3. Skizze Bebauungsgrenze Hopfenberg
4. Flächenübersicht Universitätsgelände

Anhang 1

Aus Süddeutsche Zeitung

9. März 2017, 19:04 Uhr

Neue EU-Richtlinie

Gemeinden können Grundstücke nun viel leichter als Bauland ausweisen

Ab sofort können deutsche Gemeinden am Ortsrand Neubaugebiete von einem Hektar Größe im "beschleunigten Verfahren" ausweisen - ohne eine lästige Umweltprüfung. (Foto: dpa)

Nach bisherigem Recht mussten eine Vielzahl von Bedingungen eingehalten werden, wenn neues Bauland ausgewiesen werden sollte.

Künftig ist alles viel einfacher - obwohl die EU etwas anderes geplant hatte.

Von Michael Bauchmüller, Berlin

Tagesordnungspunkt 19 kommt an die Reihe, wenn die meisten Abgeordneten längst nicht mehr im Plenarsaal sind: am späten Donnerstagabend. Es geht schließlich nur um die "Umsetzung einer EU-Richtlinie im Städtebaurecht". Kaum einer wird mitbekommen, wenn der Deutsche Bundestag das glatte Gegenteil dessen beschließen wird, was diese Richtlinie verlangt; eine Art Anti-Umsetzung. Denn eigentlich verlangt Richtlinie 2014/52/EU mehr Umweltschutz im Städtebau. Wo neue Häuser gebaut werden, sollen zunächst die Auswirkungen auf die Umwelt untersucht werden. In Deutschland gibt es dergleichen schon lange, mit der sogenannten "Umweltverträglichkeitsprüfung". Um die Regeln europaweit zu harmonisieren, waren aber dennoch Änderungen am deutschen Baurecht nötig - deshalb das Gesetz vom Donnerstagabend.

Praktischerweise ist Schilda, die Heimat der Schildbürger, ein Dorf. Was nun in eben diesem Gesetz gelandet ist, lässt sich daran schön illustrieren. Angenommen, die Schildbürger wollen neue Häuser bauen. Dann mussten sie nach bisherigem Recht erst einmal die Öffentlichkeit informieren, eine Erörterung ansetzen, die Umweltverträglichkeit prüfen. Umweltbehörden kämen mit kritischen Nachfragen, Ausgleichsmaßnahmen würden fällig.

Nicht so mit dem neuen Gesetz: Schilda bekommt Bauland ohne viel Aufhebens. Denn ab sofort können deutsche Gemeinden am Ortsrand Neubaugebiete von einem Hektar Größe im "beschleunigten Verfahren" ausweisen: ohne jene lästige Umweltverträglichkeitsprüfung, die doch eigentlich Sinn und Zweck des ganzen Gesetzes war. Knapp drei Jahre, bis Ende 2019, dürfen deutsche Dörfer so wuchern. Wie viele dieser Ein-Hektar-Gebiete eine Gemeinde ausweisen darf, darüber sagt der entsprechende Paragraph 13 b nichts.

"Fehlsteuerung in der Siedlungsentwicklung"

Experten hatten vergeblich vor der Regelung gewarnt. Es drohe eine "Fehlsteuerung in der Siedlungsentwicklung", befand das Deutsche Institut für Urbanistik in einer Anhörung des Bundestages. Von einem "kontraproduktiven" Vorschlag sprach der Sachverständigenrat für Umweltfragen. Der Naturschutzbund befürchtete eine "fatale Fehlentwicklung bei der Flächeninanspruchnahme".

Das sieht mancher Koalitionspolitiker ähnlich. "Wenn nur die Hälfte der Ortschaften das in Anspruch nimmt, dann verdoppelt das den deutschen Flächenverbrauch", sagt der CSU-Umweltpolitiker Josef Göppel. "Die Leute müssen endlich merken, um welche Dimensionen es geht." Seine Rechnung: Im Schnitt haben die gut 11 000 deutschen Gemeinden 30 Ortsteile. Damit würden über 330 000 Baugebiete am Ortsrand möglich - macht 274 Hektar Flächenverbrauch am Tag. Letzterer gilt als wenig nachhaltig, die Bundesregierung will ihn seit Jahren senken: auf 30 Hektar am Tag. Die mühelose Ausweisung neuer Baugrundstücke dürfte dies erschweren.

Vor allem Bayern hatte für die Ausnahmeregelung gekämpft, sie sollte neuen Wohnraum in Ballungsräumen wie München erleichtern. Experten hatten verlangt, die Sonderregel zumindest auf Kommunen mit knappem Wohnraum zu begrenzen, jedoch ohne Erfolg. Stattdessen können sich nun bundesweit Landwirte darauf freuen, aus Äckern und Weiden wertvolleres Bauland zu machen. Immobilienlobby und kommunale Spitzenverbände waren ebenfalls scharf auf den zwei Sätze kurzen

Passus. Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) hatte sich vergeblich gesträubt. "Das kann ich in keiner Weise akzeptieren", hatte sie während der Beratungen an Kanzleramtschef Peter Altmaier geschrieben, "massiv" widerspreche die Regelung Vorgaben des Städtebaurechts. Am Ende willigte sie ein. Schließlich wollte auch sie mit dem Gesetz noch die eine oder andere Änderung am Baurecht durchsetzen, die nicht direkt mit der Umsetzung der EU-Richtlinie zusammenhing. Etwa das "urbane Gebiet", mit dem Wohnungsbau in Innenstädten leichter wird. Das Ganze, so heißt es aus ihrem Ministerium, sei eben "Ergebnis eines politischen Abstimmungs- und Entscheidungsprozesses".

Uni Hannover: Wie geht es im Gartenbau weiter?
06.03.2018, erstellt von Dr. Antje Lemke

Über die Zukunft der gartenbaulichen Forschung und Lehre, vor allem an den Universitäten, wird viel diskutiert – auch an der Leibniz Universität Hannover (LUH). Wie die künftige Entwicklung an der Naturwissenschaftlichen Fakultät, zu der auch der Gartenbau gehört, aussehen könnte, zeigte eine hochschul-öffentliche Fakultätsratsitzung.

Sanierungsbedarf: Das Gebäude des Instituts für Phytomedizin stammt aus den 1960er Jahren. Foto: Dr. Antje Lemke

[PreviousNext](#)

Anbaufächer in Hannover: aus drei mach zwei

Die gute Nachricht: Es wird in Hannover weiter Gartenbau geben, und auch das Institut für Gartenbauliche Produktionssysteme (IGPS) wird auf absehbare Zeit Bestand haben. Viele Details sind allerdings zum jetzigen Zeitpunkt noch unklar, sowohl was das Personal als auch die Gebäudesituation angeht.

Im Moment zeichnet sich ab, dass es von den drei Anbaufächern – Gemüsebau, Obstbau und Zierpflanzenbau – künftig nur noch zwei geben wird. Die Professur im Gemüsebau soll nicht wieder besetzt werden, wenn der derzeitige Lehrstuhlinhaber (Prof. Dr. Hartmut Stützel) in einigen Jahren in den Ruhestand geht.

Freie Professuren in der Abteilung Phytomedizin

Dafür könnte in der Abteilung Phytomedizin eine Professur angesiedelt werden – seit der Emeritierung von Prof. Dr. Hans-Michael Poehling ist hier ein Lehrstuhl vakant. Ebenfalls in der Phytopathologie wird in einigen Jahren die Stelle von Prof. Dr. Edgar Maiss frei; diese soll nach den derzeitigen Plänen wieder eine Professur für molekulare Phytopathologie sein, je nach Schwerpunkt des/der Nachfolgers/-in wäre auch wieder Virologie möglich.

Zudem ist für die Nachfolge von Dr. Henning von Alten, Leiter der Arbeitsgruppe Phytopathologie, eine W1-Professur im Fachgebiet Mykologie vorgesehen. Ferner könnte die Entomologie durch einen weiteren, neuen Lehrstuhl für entomologische Biodiversität am neuen Institut für Ökologie gestärkt werden (bisher Institut für Geobotanik).

Zukunft der Biosystemtechnik noch offen

Während die Phytopathologie zumindest personell recht gut aufgestellt wäre, ist momentan noch offen, wie genau es in der Biosystemtechnik weitergeht. Das Fachgebiet Technik wird gegenwärtig von externen Lehrbeauftragten abgedeckt, unter anderen Dr. Gökhan Akyazi (Firma RAM) und Prof. Dr. Thomas Rath (Hochschule Osnabrück). Geplant sei die Einrichtung einer neuen W2-Professur „Phytophotonik“, wobei aber noch unklar ist, ob diese eher am Laserzentrum Hannover oder im Gartenbau angesiedelt wird.

Die Lösung der bestehenden Raum-Engpässe auf dem Campus werde nicht von heute auf morgen möglich sein – aus finanziellen und aus verwaltungstechnischen Gründen. Einige Gebäude stehen zudem unter Denkmalschutz. Bei anderen besteht ein jahrzehntelanger Renovierungsstau, etwa bei der Phytomedizin. Hier sei noch nicht klar, was mit dem Gebäude aus den 1960er Jahren passieren soll. Gespräche mit den Beteiligten sind angekündigt.

Gewächshäusern der Technik-Abteilung droht Abriss

Schon „eingetütet“ ist dagegen der Neubau eines Studentenwohnheims auf dem Campus direkt gegenüber der Phytomedizin. Fest steht auch, dass den alten Gewächshäusern der Technik-Abteilung die Abrissbirne droht, jedoch erst ab Mitte der 2020er-Jahre.

Die Versuchsstation in Ruthe wird wohl zumindest so lange Bestand haben, wie dort noch geforscht wird – einige der Projekte haben eine Laufzeit von zehn Jahren.

Der neue Bachelor-Studiengang „Molekulare und Angewandte Pflanzenwissenschaften“, der aus den Studiengängen Gartenbau-Wissenschaften und Pflanzenbiotechnologie entwickelt wurde, befindet sich gerade in der Endphase der Akkreditierung. Bis auf einige Formalien sei alles geklärt, sodass er zum nächsten Wintersemester starten kann.

Gartenbau-Studium in Hannover unter neuem Namen

Für die nächsten Jahre ist das Gartenbau-Studium in Hannover also gesichert, auch wenn es jetzt anders heißt. Über den neuen Namen wurde lange gestritten – das Ergebnis sei ein Kompromiss, mit dem die meisten Beteiligten leben könnten, meint Dr. Rainer Meyhöfer, Abteilung Phytomedizin. Der Masterstudiengang Pflanzenbiotechnologie wird wie bisher angeboten, der Master Gartenbau dagegen mit dem Master International Horticulture zusammengelegt. Durch diese Fusion werde eventuell einiges anders, aber das seien keine unüberwindlichen Hürden. Es sei nicht zu erwarten, dass die Lehre dadurch leiden wird, so Meyhöfer.

Anhang 3

